

# Fakten gegen falsche Ängste!

Lügen und Panikmache schaden – Lösungen müssen her

*Die Integration der Geflüchteten bewegt Sachsen. Vieles lässt sich erst im Lauf der Zeit klären – aber auf humanistischer Basis! Fremdenfeinde missbrauchen Unsicherheit, wollen Panik statt Lösungen.*

*Wir sollten Fakten akzeptieren und Ängste abbauen. Sonst kommen wir mit der größten Herausforderung seit 1989 nicht zurecht.*

**Wenn die Ausländer klauen, bekommt der Laden das vom Staat/der Polizei ersetzt. Wenn ein Deutscher klaut, wird er bestraft.**

Solche Gerüchte sind oft unlogisch und sollen nur Stimmung machen. Glauben Sie nicht alles, was Sie hören. Es ist kein solcher Fall belegt. Ein solches Vorgehen wäre auch nie akzeptabel. Bei der Entscheidung über das Strafmaß, das

ein Täter bekommt, dürfen dessen Herkunft oder Nationalität keine Rolle spielen. Im Rechtsstaat sind alle vor dem Gesetz gleich zu behandeln.

**Die Ausländer begehen Straftaten und werden trotzdem nicht abgeschoben.**

Wer glaubt, dass die Herkunftsländer die Strafverfolgung übernehmen, wenn Geflüchtete hier Gesetze verletzen? Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Täter durch die Abschiebung davonkommen. »Kriminelle Ausländer raus!« ist also nichts weiter als ein Aufruf zur Strafvereitelung. Wir wollen, dass alle Täter – einheimische wie geflüchtete – zügig verfolgt und rechtsstaatlich belangt werden. Der Personalabbau bei Polizei und Justiz, den die CDU-geführten Regierungen betrieben haben, muss enden!

**Burka-Verbot ist wichtig!**

Vollverschleierung ist das Gegenteil von dem, was wir wollen – eine humanistische Gesellschaft, in der alle frei leben können. Burka und Niqab stehen für ein fürchterliches Frauenbild. Jedoch: Vollverschleierte Bürgerinnen – oft handelt es sich um konvertierte Einheimische – sind extrem selten. Die Rechtslage erlaubt es schon heute, ihre Identität festzustellen, wo das nötig ist, etwa in Ämtern und vor Gericht. Es gibt auch bessere Wege als ein Burka-Verbot, um muslimische Frauen zu integrieren. Wenn sie im sozialen Bereich tätig werden wollen, hält sie die »Kirchenklausel« im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz bisher davon ab. Denn sie ermöglicht es den kirchlichen Trägern, konfessionsgebunden einzustellen – und sie abzuweisen.

Weshalb redet das Land trotz alledem über ein Burka-Verbot? Weil die AfD einen Kulturkampf beschwört. Sie verschleiern, was sie wirklich will – Reichenschonung, Staatsabbau, Lohn- & Rentenklau. Ihr geht es nicht um Frauenrechte, sondern um Angst, um Hass gegen Musliminnen und Muslime. Die sind aber mehrheitlich keine Fundamentalisten. Viele flohen sogar vor Islamisten und ihrem Terror.

## Die haben sich der deutschen Leitkultur unterzuordnen!

Woran sollen sie sich denn anpassen? Was »unsere Kultur« ist, sieht jeder anders. Das ist auch in Ordnung. Wir ringen ständig darum, das Grundgesetz und die weiteren Gesetze zu verbessern. Sie allein regeln, wie wir zusammenleben. Alles, was darüber hinausgeht, ist Privatsache! Diese Offenheit ist ein großer (auch kultureller) Wert, den wir verteidigen – gegen jede Intoleranz, ob sie von religiösen Fundamentalisten oder von einheimischen

Fremdenfeinden ausgeht. Bei uns sollen alle so leben können, wie sie es wünschen, solange sie die Rechte anderer nicht verletzen. Jede »Leitkultur«, ob staatlich verordnet oder anderweitig durchgesetzt, dringt jedoch stärker in unser Leben ein, als es die Gesetze tun müssen. Jede »Leitkultur« wird also schnell zur »Leidkultur«, die uns Freiheit kostet.

## Und nun?

Die Fluchtbewegung ändert nichts an unserem Einsatz für soziale Sicherheit für alle. Wir wollen mit dem Schneeberger Alleinerziehenden, der Riesaer Facharbeiterin, dem syrischen Autolackierer für ein soziales Sachsen streiten. Wir stehen für den Interessenausgleich – und die wirkliche Integration von Geflüchteten (z. B. *Landtags-Drucksache 6/2500*).

Wir wollen eine offene und geordnete Einwanderungsgesellschaft. Machen wir unsere eigenen Erfahrungen mit Geflüchteten, reden wir mit ihnen.

Widerstehen wir der Panikmache, diskutieren wir lösungsorientiert!

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1,  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 493-5800,  
Telefax: 0351 493-5460  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann,  
Stand: Dezember 2016  
linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag